

„Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Zustellung ohne Bestellgebühr monatlich 2.- M., bei Zustellung unter Straßendruck 1.- M. „Arbeit“ ist in den ersten Nummern der Preisverzeichnisse für 1919 eingetrag.

Interessenten können die „Arbeit“ gegen Vorkasse oder durch den Postamt 120 III, Westend, Berlin, das festgesetzte Wert 20 Pf. (einschließlich Post) erhalten. Der Preis für den Versand ins Ausland beträgt 30 Pf. (einschließlich Post). Interests für den Versand ins Ausland sind zu zahlen. Die „Arbeit“ wird nachmittags bei der Expedition aufgegeben. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Nordens 2898 und 2899.

STREIFITZ

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vergeltung für die Schiffsversenkung.

Die Folgen der Versenkung der Kriegsschiffe.

Wahrscheinlich Besetzung des Kieler Kanals.
Paris, 24. Juni.
Die „Echo“ meldet, hat der Vierzerrat beschlossen, die deutsche Note, in der Deutschland die Besetzung der Alliierten annimmt, nicht zu beantworten. „Journal“ meldet, daß der Vierzerrat sich in seinen Sitzungen mit dem Zwischenfall von Capa Flaw beschäftigt hat, dem große Bedeutung beigemessen wird. Ein Beschluß wurde in Erwartung der Berichte der englischen Admiralität bisher nicht gefaßt. „Echo“ vertritt der Vierzerrat einstimmig die Ansicht, daß von Deutschland für die Versenkung der Kriegsschiffe besondere Niedergutmachungen verlangt werden müssen; wahrscheinlich wird man keine neue Verhandlung fordern, da von Deutschland auf Grund des Vertrages bereits eine weitestgehende finanzielle Wiederentschädigung gefordert wird. Man sucht nach einer Art von Verantwortlichkeit, die wirklichen Eindruck auf die öffentliche Meinung Deutschlands machen kann. Das Hauptbedenken besteht darin, daß eine ständige oder zeitweilige Besetzung des Kieler Kanals oder die Versenkung eines internationalen Kontrollschiffes durch den Kieler Kanal, der ursprünglich vorgesehen, nachher aber nicht gefordert worden war, vom Vierzerrat erzwungen wird.

Die „Baden“ in die Luft gestiegen.

Paris, 24. Juni.
Der „Intransigent“ veröffentlicht eine Depesche aus London, nach der die „Baden“ 18 Stunden nach der Versenkung der anderen Schiffe in die Luft zerfallen sei. Es werden nähere Nachrichten abzuwarten sein, ob auch der Schuld hieran die deutsche Besetzung des Schiffes trifft.

„Spartakistische“ Beweggründe für die Versenkung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich gegen die Behauptungen einer Anzahl rechtsliebender Blätter, nach denen die Versenkung der deutschen Flotte infolge kommunistischer Umtriebe erfolgt sei. Diese Behauptungen sind von vornherein viel zu durchsichtig und sollten nur denjenigen, die Aufmerksamkeit von den wahren Schuldigen ablenken.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Spaa.

Spaa, 24. Juni.
M. T. W. teilt mit: Nach Beantworten der deutschen Forderung in die Ententebedingungen kam es vor dem von der Entente entsandten Kommission in Spaa bewohnten Hotel zu den Kundgebungen der Bevölkerung. Die Kundgebungen waren sehr zahlreich und von deutscher Seite wurden Pfeifen und Schreie ertönen. Von deutscher Seite wurde festlich und freudig die strenge Zurückhaltung diesen Kundgebungen gegenüber geübt. Es blieb bei dem Barmen und Toden Kundgebungen, ohne daß es wie in Versailles zu ähnlichen Kundgebungen gekommen wäre.

Selbsthilfe gegen Nahrungsmittelmangel.

Ein Blutbad.
Hamburg, 24. Juni.
Der Ausschluß an die gestrige Erfüllung der Konventionen Teil wurden heute zwei weitere Sägesäbriken in einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge geführt. Die Menge forderte, daß Arbeiter und Arbeiterinnen die Mäher geworfen oder gehängt werden sollten. Dem Einverständnis der Volkswirtschaftlichen gelang es, dieses Vorhaben zu verhindern. Gegen 1 Uhr umlag sich ein großer Trupp von Demonstranten nach dem Kriegsvorratshaus, um die dortigen Büreaueinrichtungen und riesige Mengen an Nahrungsmitteln zu beschlagnahmen. Der Leiter des Amtes und die Angestellten wurden unter Mithilfe der Polizei unter Schutz gestellt.

Kaufmannschaft gekloppt. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war nachmittags ein großes Truppenaufgebot notwendig. Plünderungen haben nicht stattgefunden. Die Staatsanwaltschaft hat Anweisung erhalten, das Strafverfahren gegen die Kaufmannschaft mit schärfstem Nachdruck zu betreiben.
Im Laufe der heutigen Demonstrationen anlässlich der entlassenen Sägesäbriken kam es heute abend auf dem Rathausmarkt zu Unruhen. Die angesammelte Menge, die die Herausgabe der amtlichen Lebensmittelkarten verlangte, versuchte, in das Rathaus zu dringen. Herbeigeeilte Verstärkungen der Sicherheitsmannschaften wurden angehalten und zu entwaffnen versucht. Daraufhin wurde scharf geschossen. Es gab eine Anzahl Toter und Schwerverletzter. Die Menge zerstreute sich nun, sammelte sich aber darauf wieder und steckte die beiden Hauptstraßen, mit denen die militärischen Verstärkungen herangerückt waren, in Brand. Kurz darauf gingen Turmuhrentürme an, die Fenster des mit dem Rathaus in Verbindung stehenden Börsengebäudes am Adolfs-Platz zu zerfallen.

An das deutsche Volk!

Die Reichsregierung erklärt folgenden Aufruf:
Die Reichsregierung hat mit der Zustimmung der Nationalversammlung erklärt, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Schwere Sorgen, unter dem Druck der rücksichtslosen Gewalt, nur in dem einen Gedanken: unserem wehrlosen Volk neue Kriegsschmerz und Unannehmlichkeiten zu ersparen.
Der Friede ist geschlossen! Nun währt und schert den Frieden! Das erste Erfordernis ist: Vertragserfüllung. Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages gesetzt werden; soweit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden! Niemals werden wir derer vergessen, denen die Notwendigkeit, so sind Fleisch von unserem Fleisch. Wir werden für sie eintreten, wo wir können, wie für uns selbst. Aus dem Einverständnis können sie gerissen werden, aber nicht aus unserem Herzen.
Das zweite Erfordernis ist: Arbeit! Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müßig ist. Für jede nicht erfüllte Leistung können die Gegner mit Voransch. Besetzung und Blockade antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden.
Das dritte Erfordernis heißt: Pflichterfüllung! Die wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen. Der Soldat und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der Beamte, jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben. Auch in diesen bösen Tagen.
Man zwingt uns, Deutsche an fremde Gerichte auszuliefern. Wir haben uns bis zum äußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer braven Truppen haben wir vollen Verständnis. Aber wenn nicht Offiziere und Mannschaften noch fester für die innere Ordnung eintreten helfen, so liefern wir nicht nur ein paar hundert, sondern Millionen unserer Landsleute aus und zwar der Okkupation, der Hunger, dem Terror.
Deutschland muß lebensfähig bleiben, ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufkommen des Krieges! Wenn wir nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrag wertlos. Dann kann es keine Erleichterungen, keine Revisionen und kein schlichtliches Abtragen der ungeheuren Lasten geben. Was heute an Tagen versäumt wird, kann unsere Kinder Jahre der Not und Not leiden!
Schon heute müssen Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein Weilsitzen! Es gibt nur einen Weg aus der Hölle dieses Vertrages: Erhaltung von Reich und Volk durch Einigkeit und Arbeit, heißt und dazu, Männer und Frauen!

Der Reichspräsident Ebert.
Die Reichsregierung: Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Dr. David, Dr. Meyer, Wirth, Robert Schmidt, Roske, Meißner, Dr. Doll, Schilde.

Der Streit in Caucashire beigelegt.

London, 23. Juni (Reuters).
Der Bauernkrieg in Caucashire wurde heute in einer in Pankhewer abgehaltenen Konferenz auf der Grundlage der 48-Stundenruhe und einer 80-prozentigen Lohn-erhöhung beigelegt. Die Arbeit wird am 30. Juni wieder aufgenommen werden.

Die Durchsetzung des Notwendigen

Schwer und mühsam ist es gewesen, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit durchzusetzen, daß der Friede, so schlecht er auch ist, unterschrieben werden muß.
Es war ein großes Glück für das gesamte deutsche Volk, daß ihm die schlimmsten Konsequenzen der militärischen Niederlage und des Zusammenbruchs, die Schäden der Invasion, durch den rechtzeitigen Abschluß des Waffenstillstandes erspart geblieben sind. Gerade dieser Umstand aber hatte andererseits zur Folge, daß in manchen Kreisen des unentrinnbare Zwang, der aus dem militärischen Zusammenbruch folgte, nicht begriffen wurde, daß alle möglichen Illusionen noch genährt werden und der Klarheit aufkommen konnte, es bliebe noch eine Wahl.
Diese Reizung, vor dem Unumgänglichen die Augen zu verschließen, wurde noch in verhängnisvoller Weise gesteigert, als von demokratischen und rechtssozialistischen Journalisten die Parole des „Unannehmbar“ ausgegeben wurde, die von den reaktionären Parteien natürlich sofort aufgegriffen und dann von einer verblendeten Regierung zu der ibrigen gemacht wurde.
Heute wissen wir, daß ein großer Teil derer, die das Unannehmbar riefen, lediglich sich den gewöhnlichen Gründen nicht entziehen konnte, die die Unabhängige Sozialdemokratie als einzige Partei für die Notwendigkeit der Unterzeichnung anführte. Heute wissen wir aber auch, daß, wenn die Partei gezwungen hätte, sofort mit ihrer klaren und unbeugsamen Stellungnahme einzugehen, das Verhängnis der Katastrophe politisch gar nicht mehr abzuwenden gewesen wäre.
Die Partei brauchte allerdings auch keinen Augenblick zu zögern, denn sie war überzeugt, daß ihre Stellung nicht nur sachlich, sondern auch taktisch die einzig richtige war. Die Parole des Unannehmbar fand im Ausland keinen Glauben und konnte keinen Glauben finden, da das Ausland die deutschen Zustände nur allzu genau kannte und namentlich wußte, wie gering unter Umständen auch die nationale Festigkeit in gewissen Teilen des Reichs und in bestimmten Schichten des Volkes ist. Hören wir ja heute, daß nicht nur in rheinischen, sondern auch in süddeutschen Kreisen bereits Verbindungen namentlich mit französischen Politikern angeknüpft waren. Haben doch gerade deshalb auch bürgerliche Süddeutsche Politiker sich — zuletzt wenigstens — entschieden für die Unterzeichnung eingesetzt, um die Gefahr der nationalen Zerreißung zu verhüten.
Es war also eine vollkommene Illusion, zu meinen, daß aus Furcht vor der Ablehnung die Entente Augenblicke machen werde, und diese Illusion war um so größer, als gerade die militärischen und konvinzistischen Kreise des Auslandes die Invasion wünschten, um die deutsche Machtstellung, die sie noch immer fürchteten, noch gründlicher zu vernichten. Die Offenheit und Ehrlichkeit unserer Politik hat fürwahr dem deutschen Interesse nicht geschadet, sie hat aber das Vertrauen in die sozialistische Grundgesamtheit unserer Politik in der Internationale noch gestärkt.
Wie notwendig aber diese Politik gewesen ist, dafür liefern schließlich die parlamentarischen Vorgänge, die sich in den letzten Tagen in Weimar abgepielt haben, den schlüssigen Beweis. Die schweren Kriege, die das Friedenswerk immer wieder gefährdeten, und erst vier Stunden vor Ablauf der Frist beendet waren, sind einzig und allein durch den Druck der Unabhängigen Sozialdemokratie schließlich überwunden worden.
Daß die Parteien, und insbesondere die rechtssozialistische Fraktion, ihre Stellung änderten, war überhaupt nur möglich, weil die Massenaktion unserer Partei die heranrückende nationalistische Welle abgedämmt hatte. Dazu kam die sehr begründete Besorgnis, daß die revolutionäre Arbeiterkraft die Nichtunterzeichnung des Friedens nicht rubia hinnehmen würde. Von der sachverständigen Seite wurde der rechtssozialistischen Fraktion auseinandergesetzt, daß der Generalstreik, wenn er unter Führung der unabhängigen Sozialdemokratie einheitlich und umfassenb eintraten würde, auch mit militärischen Maßnahmen nicht überwunden werden könnte.
Über die Besorgnis vor dem Druck von außen reicht zunächst nur so weit, um das Zentrum und die rechtssozialistische Fraktion sowie die Ministerium Bauer dazu zu bringen, den Frieden zwar unterzeichnen zu wollen, aber die bekannten Vorbehalte in der Schuld- und Anleiheformulierung zu machen, die schließlich das ganze Werk zum Scheitern brachten.

hern zu bringen drohten. Es ist vor allem der Umficht unserer Fraktion zu danken, daß diese Gefahr vermieden wurde.

Unsere Fraktion stellte als Bedingung für ihre Zustimmung zu dem Beschlusse die Forderung, daß der ursprüngliche Antrag, der der Regierung nur die Bedingungen in der Weise unterzeichnete, gestillt werden solle. So kam es, daß der Vorschlag unserer Fraktion von dem Zentrum und den Rechtssozialisten akzeptiert und schließlich als der ihrige einbracht wurde, der für und bindig lautete: „Die Nationalversammlung stimmt der Unterzeichnung des Friedensvorschlages zu.“

Wie wichtig die Durchsetzung dieses Antrages, der der Regierung die vorbehaltlose Zustimmung ermöglichte, aber war, stellte sich am Montag heraus, als die Vorberichte von der Entente abgelehnt und Regierung und Parteien völlig ratlos waren.

Die Lage erfuhr eine außerordentliche Verschärfung durch das Einwirken der Generalität und der Offiziere in die Politik. Sie drohten sämtlich mit ihrem Rücktritt. Bei den Regierungsparteien war die Besorgnis groß, daß die Offiziere, sobald sie sich von ihrem Eid entbunden läßt, es nicht nur bei dem bloßen Protest bewenden lassen würden. In der rechtssozialistischen Fraktion trat jetzt Roske selbst unter dem Druck der Offiziere für die Ablehnung ein. Die Fraktion blieb allerdings mit etwa 120 gegen 5 Stimmen auf dem Standpunkt, daß nunmehr nichts anderes als bedingungslose Unterzeichnung möglich sei. Dagegen ergab sich im Zentrum eine Majorität von etwa 62 gegen 15 Stimmen für die Ablehnung. Es schien, daß die Entscheidung schließlich von ein oder zwei Stimmen abhängen würde. Die Regierung stand vor der Frage ihres Rücktritts, die Bildung eines Reichsministeriums wurde erwogen, aber man war sich klar, daß die Haltung der Arbeitermassen eine solche Regierung niemals unmöglich erscheinen lasse.

Da ermahnte sich der Antrag unserer Fraktion als der rettende Ausweg. In klarer Erkenntnis, daß die Vorberichte, die die Regierung nach in letzter Stunde zu machen gedacht hat, von der Entente zurückgewiesen werden würden, hatte unsere Fraktion durchgesetzt, daß die Regierung ermächtigt worden war, bedingungslos zu unterschreiben. Jetzt konnte Gause in der Beratung der Fraktionsführer und der Regierung darauf verweisen, daß ja eine neue Abstimmung gar nicht erforderlich sei. Die Vertreter aller Parteien — nur der Vertreter der Deutschen Nationalen erhob leichte Einwendungen — erklärten sich damit einverstanden, daß eine neue Abstimmung unterbleiben sollte. So blieb die Regierung ermächtigt, den Frieden zu unterschreiben und die Front konnte dank der Energie und der Voraussicht unserer Fraktion innegehalten werden.

So bildet der ganze Verlauf der Ereignisse eine anfangende Rechtfertigung des Verhaltens unserer Partei. Entschlossen und konsequent war ihre Stellungnahme, während die Kommunisten über unentschlossene und zweideutige Redensarten nicht hinauskamen und die Rechtssozialisten und Wäckerlichen mit bollen Trost dem Abgrund aufstiegen. Die unabhängige Sozialdemokratie allein hat das deutsche Volk vor der Verzweiflungs- und Katastrophopolitik bewahrt.

Gegen einen neuen Krieg.

Protestkundgebungen der Unabhängigen Sozialdemokratie Westpreußens.

In Elbing tagte am 22. Juni der Provinzialparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es waren circa 50 Delegierte anwesend, die rund 14000 politisch organisierte Parteimitglieder aus Westpreußen und einigen Städten des Regierungsbezirks Bromberg vertraten. Zur Verhandlung standen in erster Linie organisatorische Fragen. In Bezug auf die politische Lage nahm der Parteitag einstimmig und heftigste eine vom Wesselen Bunde der eingetragene Resolution an, in der in entschiedener Weise gegen die Unterzeichnung und Verhängung Westpreußens protestiert und ein Appell an die englischen und französischen Arbeiter gerichtet wird, ihren westpreußischen Klassenossen zu helfen. Der Parteitag erwartet von der Weltrevolution die Regelung des Polenproblems auf der Basis der proletarischen Internationalität. Die Resolution fährt dann wie folgt fort:

„Mehrfach tritt der Parteitag dem Protestrummel der alldeutschen Volkspartei mit Entschiedenheit entgegen. Diese Leute haben kein Recht, sich als Mandatäre der öffentlichen Meinung zu geben. Sie stellen eine kleine Schicht der Bevölkerung dar, die daran interessiert ist, daß die Dinge im Osten so wie sie sind. Auf keinen Fall will die westpreußische Bevölkerung einen neuen Krieg. Dieser ist aussichtslos und bringt den Zusammenbruch der deutschen Kultur des Ostens mit sich. Die neuen Kriegsgewinne sind die schlimmsten Feinde des deutschen Volkstums. Der Parteitag fordert die Arbeiterschaft auf, sich nicht durch das chauvinistische Treiben leiten zu lassen. Ein Krieg in Westpreußen vernichtet mit tausenden Familien große wirtschaftliche Werte in zweifacher Weise. Diefem Überwieg wird die Arbeiterschaft in entschiedener Weise gegenüberzutreten und für den Fall eines militärischen den Generalstreik proklamieren.“

Der Parteitag stellte in einer anderen Resolution ferner mit Entschiedenheit fest, daß die Regierung Preußen, in der die Rechtssozialisten die Führung haben, in sieben Revolutionsmonaten in Westpreußen weder Gemeindegemeinschaft noch Kreisstadtwahlen hat vornehmen lassen und ebensowenig die Witzbezüge, den Fort der konservativen Reaktion aufgeben hat. Der Parteitag stellt dieses völkerverhättnis Verhalten öffentlich an den Pranger und fordert die Genossen im Lande zu unerbittlichem Kampf gegen diese Regierung auf.

Der Alldeutsche Verband.

Der Alldeutsche Verband, diese Organisation der allgerährlichsten Kriegshörer, die die volle Verantwortung für das Unglück des deutschen Volkes trifft, sendet uns eine Verächtigung. Sie lautet:

„Es ist unnahbar, daß der Alldeutsche Verband seine Hand bei der von der „Reichswehr“ behaupteten Waffenverteilung im Spiel hat; weder seiner Zeitung noch seiner Geschäftsstelle ist von einer derartigen Waffenverteilung etwas bekannt.“

Es ist deshalb auch unvorstellbar, daß das gesamte Personal des Alldeutschen Verbandes, das sich auf Urlaub befand, telegraphisch

zurückberufen worden sei, um bei der Verteilung der Waffen behilflich zu sein.“

Diese Verächtigung ist uns erst gestern mittag zugegangen, als unsere Abendausgabe bereits im Druck war. Trotzdem bringt die „Deutsche Zeitung“ bezeichnenderweise die Mitteilung, daß sie gezwungen sei, die Verächtigung zu veröffentlichen, da das von uns nicht geschehen sei.

Sachlich stellen wir fest, daß diese Verächtigung offene Türen einrennt. In unserer kurzen Notiz über den Alldeutschen Verband ist gar keine Rede davon, daß sein Personal zurückberufen worden sei, um bei der Verteilung der Waffen behilflich zu sein. Wenn wir die Verächtigung trotzdem veröffentlichen, so nur, um zu zeigen, daß wir im Gegensatz zu den Alldeutschen auch dem politischen Gegner gegenüber weitgehende Loyalität üben.

Die Offiziersfronte.

Von Mannschaften des Korps Lüttich wird dem „Vorwärts“ folgendes mitgeteilt:

Am Montagmorgen um 5 Uhr mußte das Reichswehrregiment 30 der Brigade Reichard antreten. Der Oberst v. Sahlke hielt einen Vortrag über den Frieden, in dem er ausführte, daß nach der Ablehnung der einschränkenden Klausel durch die Entente der Frieden unannehmbar geworden sei. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Mannschaften derselben Meinung seien und verlangte, daß alle diejenigen, die gegen die Annahme des Friedens seien, auf die rechte, die übrigen auf die linke Seite treten. Da die Rede des Obersten keinen Zweifel gelassen hatte, welches Abstimmungsresultat er wünschte, und seitens der Vorgesetzten die schärfste Verankertung vorgenommen wurde, ergab sich Oberst v. Sahlke das gewünschte Resultat, daß alles rechts herandrängte.

Darauf teilte Oberst v. Sahlke weiter mit: Mit einer Regierung, die diesen Frieden unterzeichnete, könnte die Reichswehr nicht zusammenarbeiten. General v. Lüttich habe bei uns mit verschiedenen führenden Politikern Stellung genommen, die ein neues Kabinett bilden sollten, und diese Regierung sollte dann unterstellt werden.

Unter den Unteroffizieren und Mannschaften der Brigade Reichard herrschte starke Bewegung. Das Resultat der Abstimmung entspricht durchaus nicht der inneren Überzeugung. Von allen Dingen aber ist man in Unteroffiziers- und Mannschaftenkreisen fest entschlossen, sich zu keinerlei reaktionären Ausschweifungen mißbrauchen zu lassen. Unteroffiziere und Mannschaften stehen auf dem Standpunkt, daß selbst verständlich die von der Nationalversammlung anerkannte und bestätigte Regierung die einzig rechtmäßige sei, der sie allein zu Gehorsam verpflichtet sind.

Oberst Sahlke befand sich bis zum Sonntag noch in Uebereinstimmung mit einem sehr großen Teil der Reichswehroffiziere. So hatte die gesamte Generalität der Regierung am Sonntag eine Rundgebung zugehen lassen, wonach für den Fall der bedingungslosen Unterschrift der Rücktritt des ganzen Offizierskorps angedroht wurde. Am Montag jedoch telegraphisierte General Gröner dem Reichspräsidenten Oberst, es sei zu hoffen, daß die Offiziere auch bei Annahme der bedingungslosen Unterzeichnung ihre Pflicht auch weiterhin tun würden, wenn Roske im Amt bleibe. Die Westpreußen gingen nun dahin, Roske zum Verzicht auf den Rücktritt zu veranlassen. Er ist denn auch in seinem Amt geblieben und hat mit den Generolen verhandelt. General v. Lüttich erklärte sich bereit, auf seinem Posten zu verbleiben und die Truppen auch weiterhin der Regierung zur Verfügung zu stellen. Auch General Raeder will der Regierung treu bleiben; eine Abordnung des Landwehrcorps wurde am Dienstag von Oberst in Weimar empfangen. Auf das deutsche Vaterland wurde ein Hoch ausgedrückt und zum Schluß „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen.

Dienstag nachmittag veranlaßte Roske mit den höheren Truppenkommandeuren und Regimentführern der Reichswehr, die in Berlin und Umgebung in Garnison liegen, eine Besprechung. Offiziell wird darüber berichtet:

In längeren Darlegungen gab Reichswehrminister Roske eine Uebersicht über die durch die aufgewungene Unterzeichnung des Friedens entstandene politische Lage des Reichs. Ein Teil der versammelten Offiziere gab seinem Schmerz darüber Ausdruck, daß mit dem Frieden auch die schändlichen Schwachparagrafen unterzeichnet wurden. Es gelang jedoch dem Reichswehrminister, sämtliche anwesenden Offiziere davon zu überzeugen, daß es keine staatsbürgerliche Pflicht ist, ohne persönliche Bedenken dem schwergewichtigen Vaterlande weiter treu zu dienen, um es vor dem Chaos zu bewahren und an dem Wiederaufbau mitanzuhelfen.

Oberst von Sahlke betonte entgegen einer in Berliner Blättern veröffentlichten Notiz, daß es ihm nicht eingefallen sei, in der Ansprache an sein Regiment zu Handlungen gegen die Regierung aufzufordern, ebenso wäre es ein vollständig freies und unbeschränktes Recht, daß General von Sahlke mit verschiedenen führenden Politikern wegen Bildung eines neuen Kabinetts Rücksprache genommen habe.

Es wird schließlich berichtet, daß die Berichte über eine dem Bestand der Reichswehr gefährdende Zerstückelung hinfällig seien. Daß bei allen Offizieren volle Ausfriedensstimmung mit der Unterzeichnung des Friedens einsetzt, ist nicht; eine große Anzahl von ihnen will aus der Reichswehr austreten. Um ihnen den Abgang zu erleichtern, hat der Kriegsminister folgende Bestimmungen erlassen:

1. Sämtliche preussischen Generale können vom heutigen Tage ab ihre Stellung zur Disposition unmittelbar beim Personalamt des Kriegsministeriums schriftlich oder telegraphisch ohne weitere Formalitäten beantragen. Dieses Recht läuft am 23. Juli ab.

2. Da dieser Weg für die Gesamtheit der Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Beamte nicht durchführbar ist, muß es für diese, ebenso wie für die Unteroffiziere und Freiwilligen, bei dem bisherigen Dienstweg verbleiben.

3. Alle Versorgungsansprüche bleiben unberührt bestehen.

Selbst der Vorwärts kann nicht umhin, den Offizieren der Reichswehr in einem Leitartikel wegen ihres provokierenden Verhaltens den Text zu lesen. Bemerkenswert daraus ist folgende Stelle:

Ein reaktionärer Ausschweifung würde auf den entschiedensten Widerstand nicht nur der geschlossenen Arbeiter-

schaft, sondern auch weiter Kreise des Bürgertums stoßen, die klug genug sind, um einzusehen, daß die Wiederkehr des alten Regiments für Deutschland eine unmögliche ist, weil sie jeden Friedensschluß jetzt und künftig ausschließen würde.

Aus all diesen Vorgängen ergibt sich die Verächtigung unserer Forderungen, daß die Offiziere sich nicht in die Politik hineinzumischen haben.

Die Auslandspresse über den Frieden.

Brüssel, 24. Juni.

Mit den Aesensberichten „Der Friede ist da“, „Dankeschön“ unterwirft sich“ verlässigen die Blätter heute, daß Deutschland die Bedingungen der Alldeutschen Bedingungslos angenommen hat. In langen Artikeln hängen die Blätter die Geschichte des Krieges, den Verlauf des Waffenstillstandes und die Friedensverhandlungen besonders eingehend schildert die Presse die Ereignisse des letzten Tages und den Notenwechsel zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen, welche dank der Festigkeit der alliierten Regierungen endlich zur bedingungslosen Annahme seitens Deutschlands geführt habe. In völlig übereinstimmender Weise haben die offiziellen und nationalistischen Blätter hervor, daß die Proteste und Forderungen, welche Deutschland in letzter Stunde machte, befriedigend seien, daß Deutschland trotz Riederlage und Revolution sich nicht geändert habe und daß somit durch den Abschluß des Krieges die Aufgabe der Alldeutschen nicht erfüllt sei, sondern daß sie jetzt unbedingt geschlossen und einig werden müßten, um mit aller gebotenen Energie die Durchführung der Vertragbestimmungen durch Deutschland zu erwirken.

„Humanität“ freut sich für die Menschheit, für Frankreich und das deutsche Volk. Das Blutbad ist zu Ende. Aber an diesem heiligen Tage würden wir gegen unsere Pflicht als Sozialisten und Republikaner verstoßen, wenn wir nicht laut besinnen, daß wir die Bedingungen dieses Friedens mit allen unseren Kräften zurückweisen, weil sie ungerecht sind und den Interessen Frankreichs zumiderlaufen. Es ist lächerlich, anzusehen, wenn man dem, was man Reichskrieg nannte, ein Ende der Gewalt und der Ungerechtigkeit nicht. Die Völker haben es die große Versprechungen, mit welchen man sie vier Jahre lang aufrecht erhielt, namentlich an die Wort Wilsons geknüpft, der heute mehr noch als der preussische Imperialismus bezeugt ist. Der Friede ist für Frankreich gefährlich, denn er führt in Deutschland schweren Schaden gegen unser Land an. Er bringt unsere wertvollsten Gebiete um die Wiedergutmachungen, welche, wenn sie maßvoll und vernünftig gewesen wären, sofort hätten geleistet werden können. Er bringt uns die Last des weiter bestehenden Militarismus und die Notwendigkeit länger, militärischer Verlegung und folglich erdrückende Kosten für unsere bereits schwachen Finanzen. Dieser geschäftliche, ungeschickte Friede ist nicht der Friede des französischen Volkes und seiner Soldaten. Unsere sozialistische Partei wird dies laut sagen und die Verantwortlichkeit gegenüber der Geschichte ablehnen. Angesichts der Entwicklung des Sozialismus in der Welt und, indem wir alle in Revolution befindlichen Völker als Zeuge anrufen, sind wir berechtigt zu sagen, daß diese heilige Erklärung der sozialistischen Parteien Wert einer Darstellung haben wird, deren wiederzuerstehende Folgen sich in baldiger Zukunft werden entwickeln können.

Clemenceau will zurücktreten.

Brüssel, 24. Juni.

Wie „Echo“ erzählt, hat Clemenceau in dieser Uebersetzung sein Werk, für das er sein Amt übernommen hatte, durchgesetzt zu haben, die Welt zurückzugeben, zu danken, sobald der Friedensvertrag unterzeichnet und in Kraft ist. „Echo“ ist der Ansicht, daß die Kammer den Friedensvertrag Ende Juni ratifiziert haben werde. — Wie „Revue Journal“ berichtet, wird die Kammer am nächsten Freitag einen Friedensausbruch von schätzigen Mitgliedern ernennen, der den Vertrag prüfen soll.

Clemenceau will sich also noch einen guten Abgang verschaffen. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß er sich noch lange auf seinem Posten halten können.

Zur Leipziger Arbeiterratswahl.

Die Taktik der U. S. V. glänzend gerechtfertigt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schildert in einer Besprechung des für die Unabhängige Sozialdemokratie so günstigen Wahlergebnisses für den Arbeiterrat die Vorgänge bei der Auflösung des alten Arbeiterrats, erinnert an die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten, die jetzt so gründlich zerschmettert worden sind, und sagt schließlich:

„Die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie hat sich wieder einmal glänzend bewährt. Ohne daß es den Reaktionsgelehrten wäre, der Leipziger Arbeiterrat ein Quatrum zu sein, war es den Arbeitern möglich, ihren Widersachern schon nach sechs Wochen die Gewalt Herrschaft zu zerbrechen, was die Arbeit zu werden. Der Wahlausgang zeigt auch, wie schwer es werden würde, wenn sich die Unabhängige Sozialdemokratie nicht an der Wahl beteiligt hätte. So kann wohl angenommen werden, daß die Kritiker an der Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie, die der Partei gerade wegen der Beteiligung an der Wahl bestige Vorwürfe machten, auch bei Ausbruch der Wahl eines besseren belehrt worden sind. Durch den Wahlausfall ist bewiesen, daß die Arbeiterschaft mit ihren Gegnern fertig wird, wenn sie sich weder von rechts noch von links von der Taktik der U. S. V. abbringen läßt. Versuche dieser Art sind ja auch von links während der Anwesenheit der Rostetruppen gar nicht unternommen worden. Die Wahl beweist, daß die U. S. V. mit ihrer Taktik auf dem richtigen Wege ist. Die Leipziger Arbeiterschaft kann auf diesen Wahlausgang mit Recht stolz sein!“

Zu spät.

Die Nationalversammlung hat endlich einem Antrag unseres Genossen Wurm zugestimmt, nach dem sämtliche Banken, sowohl im abzutretenden Gebiet als auch im gesamten übrigen Reichsgebiet verpflichtet sind, sofort sämtliche bei ihnen verwahrte Wertpapiere, Depositionsgelder und alle sonstigen Wertgegenstände bei den Steuerämtern zur Anzeige zu bringen. Mit dieser Maßregel wird zunächst bezweckt, alle Wertgegenstände zu erfassen, die, um der Besteuerung zu entgehen, die vorzugsweise abzutretenden Gebiete, Deutschland

verbraucht worden sind. Darüber hinaus soll jedoch planmäßig das gesamte bei Banken aufbewahrte Vermögen zum Zwecke der späteren Verteilung erfaßt werden. Diese von unserer Partei seit den ersten Tagen der Revolution geforderte Maßregel kommt viel zu spät, um noch einen nennenswerten Erfolg zu versprechen, denn die bisherige Räßigkeit der Regierung hat es den meisten Kriegsgewinnlern längst gestattet, ihr Geld ins Ausland zu verschleppen.

Was geht in Bayern vor?

Phantastie oder Spitzelerei?

In Bayern liegen folgende Meldungen vor:

Inngolstadt 24. Juni. (T. V.)

Gestern nacht versuchte der größte Teil der auf dem Fort Prinz Karl festgehaltenen 200 Spartakisten einen Ausbruch, der aber von der Wachmannschaft vereitelt wurde. 72 Mädel führer des Aufschusses wurden gestern nach München in eine Arrestanstalt überführt.

Bamberg, 24. Juni. (T. U.)

Wie das Bamberger Volksblatt meldet, hat sich der Militärminister Schnepfenhork gestern nach Nürnberg begeben, weil sich dort wieder Unruhen vorbereiten sollen.

München, 24. Juni. (T. U.)

Wie der „Münch. Abg.“ aus Augsburg mitgeteilt wird, wurde in dem schwäbischen Orte Blonkenburg eine Anzahl Kommunisten verhaftet, und zwar neun Männer und zwei Frauen. Es wurden Beweise dafür gefunden, daß man den Herz einer neuen Aufbruchsbewegung erwidert hat. Die Verhafteten, die nach München gebracht wurden, plant man einen neuen Aufstand in München und Augsburg.

Milde Beurteilung Nittichs.

München, 24. Juni.

Von dem Münchener Stadtgericht wurde heute Ernst Nittich, der Vorsitzende des Zentralrates, wegen Beihilfe zum Hochverrat unter Umgehung mildernder Umstände zu zwei Jahren Festung und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zehn Jahre Festung und Aberkennung der öffentlichen Ämter beantragt.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Strafe gegen Nittich einer der eigentlichen Antreiber der Ausnutzung der Mildererbilf weit milder ausfallen ist, als die bisherigen Urteile. Es wäre aber falsch, daraus auf eine grundsätzliche Gesinnungsänderung des Staatsgerichts zu schließen.

Völkerverletzung.

Das völkerverletzliche Verhalten deutscher Behörden gegen russische Staatsangehörige, auf das wir kürzlich in Nr. 287 der „Freiheit“ hinarwiesen hatten, ist von neuem folgender Fall:

Der russische Staatsangehörige Iwan Sleszarew ist am 7. Mai d. J. im Sanatorium Ebenhausen bei München verhaftet worden und befindet sich noch jetzt im Polizeigefängnis in München. Ein Strafverfahren gegen ihn ist laut einer Mitteilung des Staatsanwalts bei dem Landrechtlichen Gerichte für München an seinen Rechtsbeistand nicht anhängig. Eine flechtbare Handlung wird ihm mithin gar nicht zur Last gelegt. Verhängung von Schutzhaft ist aber noch dem bayerischen Polizeipräsidenten überhaupt nicht zulässig.

Was nun diese Inhaftierung zu einem Skandal stempelt, ist die Tatsache, daß Sleszarew Mitglied der diplomatischen Mission ist, die am 9. Juli 1918 nach Berlin geschickt ist, um der deutschen Regierung das Verbleiben der Sowjetregierung anzufügen. Die Verhaftung des deutschen Gesandten Graf Ritzing wurde er von seiner Regierung nach Stockholm verlegt. Infolge des Abbruchs der russisch-schwedischen Beziehungen war es ihm unmöglich, von dort nach Russland zurückzukehren. Er suchte deshalb telegraphisch bei der deutschen Regierung die Genehmigung der Ausreise nach Russland zu erhalten, was aber erfolglos blieb. Durch Deutschland nach Russland zurückzukehren, die er so wohl in Stockholm als auch bei seiner Ankunft auf deutschem Boden in Warnemünde erhielt. Infolge der Unruhen an der deutschen Ostgrenze war es ihm unmöglich, unter dem üblichen diplomatischen Schutze nach Russland zu gelangen, weshalb er im Anfang Januar 1919 nach München fuhr, wo ihm seitens des dortigen Auswärtigen Amtes zuerst unter Einwirkung von Dr. J. Kautz als Ausnahmefall angewiesen wurde. So hat er bis zu seiner Verhaftung ununterbrochen gewirkt und sich nur mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt.

Der Rechtsbeistand Sleszarews hat sofort nach seiner Verhaftung das Eingreifen des deutschen Konsulats in München verlangt und dies darauf hingewiesen, daß die diplomatischen Päpse Sleszarews in besserer Ordnung sind. Trotzdem ist seine Entlassung bisher nicht erfolgt.

Die deutsche Regierung wird sich nicht wundern dürfen, wenn dieser Fall von der russischen Regierung zu weiteren Repressivmaßnahmen gegen deutsche Staatsangehörige Veranlassung gibt. Er bringt außerdem auch eine so kümmerliche Schändung des Glaubens an die Unverletzlichkeit des Völkervertrags, durch deutsche Behörden, daß auch in anderen Staaten Deutschlands Ansehen schwer geschädigt wird.

Eisenbahnerstreik in Breslau.

Breslau, 24. Juni.

Die Eisenbahner von Breslau sind in den allgemeinen Ausstand getreten. Der gesamte Verkehr ab Breslau ruht vollständig, jedoch kommen vereinzelt Büge hier an. Der Ausstand soll in einer Abregelung von vierzig Eisenbahnarbeitern seine Ursache haben.

Ueber die Ursachen des Streiks wird mitgeteilt: Die Arbeiter verlangen das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Arbeiter in allen Dienststellen und Bureau bei Entlassung und Einstellung von Arbeitskräften, Pensionierung sämtlicher Beamten über 60 Jahre, beschleunigte Durchführung des Rüstsystems bei der Eisenbahn nach dem französischen System und sofortige Einführung des Achtstundentages für die Schrankenarbeiter. Der Streik erstreckt sich bis jetzt auf die Orte Breslau, Oels, Brodow und umfaßt bereits 17.000 Eisenbahner. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik, wenn es zu einer raschen Beilegung des Ausstandes nicht kommt, weiteren

Umrang annimmt. Die Wilensdagnunterbeamten haben sich den Ausständigen angeschlossen.

Neue Ausschreitungen in Mannheim.

Mannheim, 24. Juni. (B. L. B.)

Gestern abend kam es hier wieder zu weiteren Ausschreitungen. Auf die Mitteilung der französischen Offiziersabordnung auf dem Rathaus, daß die Stadt eine Stunde nach Ablauf der durch das Ultimatum gestellten Frist besetzt werden würde, wenn sie bis dahin keinen gegenseitigen Befehl erhalten hätten, zog das Freiwilligenbataillon ab, um nicht im Falle einer Besetzung interniert zu werden. Dabei wurden die Truppen vom angeführten Pöbel beschimpft und teilweise angegriffen, so daß sie sich mit der Waffe wehren mußten. Abends war die Ruhe wieder hergestellt. Zwei Personen wurden getötet. Um 10 Uhr traf vor der Ludwigshafener Kommandantur die Nachricht ein, daß die Stadt nicht besetzt werden würde, so daß die Freiwilligentruppen zurückkehren konnten. Oberhalb von Mannheim, bei Altrip, waren bereits zwei Bataillone französischer Truppen über den Rhein geschickt worden, um eventuell vorzumarschieren. Sie wurden um 9 Uhr zurückgezogen.

Die S. P. D. und politische Streiks.

Eine Funktionärskonferenz der S. P. D. nahm am Montag abend Stellung zu den politischen Streiks. Es wurde folgende Entschliessung eingebracht, über die am Mittwoch abgestimmt werden soll:

In Anbetracht der Verwirrung, die durch die fortwährend sich häufenden politischen Streiks hervorgerufen wird, bekliegt die am 23. Juni tagende Funktionärskonferenz der S. P. D.:

Politische Streiks sind Sache der politischen Parteien. Es wird der Vollversammlung der Arbeiter für Groß-Berlin das Recht abgesprochen, politische Streiks zu erklären.

Die Forderung der S. P. D.-Arbeiterräte wird aufgeführt, sich auf den vorstehend festgesetzten Boden zu stellen und eine Mitwirkung bei betriebligen Beschlüssen in der Vollversammlung abzugeben.

Die Mitglieder unserer Partei werden ersucht, nur im Einverständnis mit der Parteileitung zu handeln.

Aus der Begründung der Entschliessung ist bemerkenswert, daß der Referent darauf hinwies, daß von Suhl in Thüringen „aroke Waffensendungen irgend wohin geschickt worden“ sind.

Von wem diese Waffensendungen ausgingen und an wen sie gerichtet sind, geht aus dem Bericht des Vorwärts nicht deutlich hervor. Wie uns dann mitgeteilt wird, hat der unabhändige Arbeiterrot der Gewerfabriken schon vor Monaten Einbruch daneben erhoben daß Waffen an unbekannte Stellen geliefert werden. Man kann daraus wohl schließen, welchen Zweck die jetzigen Waffensendungen dienen.

Übermals eine Erhöhung der Kartoffelpreise.

Der deutsche Kartoffelgroßhändlerverband hat in seiner am Montag in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung wieder einmal kräftig über die Zwangswirtschaft geklagt. Die Regierung hat dort durch ihren Vertreter zwar versichern lassen, daß trotz aller Vorbehalte für den freien Handel im Inland die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Kartoffeln nicht gedacht werden könne, sie gebe aber zu, daß die Preis zu niedrig seien. Es sei daher auch bereits beschlossen, eine Preiserhöhung für Kartoffeln einzutreten zu lassen.

So erkennt die Regierung überall die Notlage der kapitalistischen Interessenten Kreise an. Nur der Arbeiter wird immer aufs neue ermahnt, sich zufrieden zu geben und ihm sogar zugemutet, sich mit einem Abbau der Löhne einverstanden zu erklären.

Das Weltkaffeeabkommen mit der Schweiz.

Wer erhält den Ubergewinn?

Während der Diskussion über den Frieden besteht die Gefahr, daß ein wichtiges, wirtschaftliches Ereignis übersehen wird: das Deutsche Reich hat mit der Schweiz auf jede Woche ein Wirtschaftsabkommen getroffen, demzufolge ein Austausch von Produkten stattfindet. Deutschland liefert Kohlen, Düngemittel usw. die Schweiz Reis, Milchprodukte usw. Für dasjenige Produkt, das auf dem Schweizer Markt zu keinem Konkurrenzverhältnis wo also eine Preissteigerung möglich wäre, nämlich für Kohle und Reis, ist im Vertrag im Interesse der Schweiz eine Preisbindung vorgesehen. Aber dieser Preis ist gemessen am deutschen Inlandspreis, ganz enorm. Er beträgt etwa das Dreifache. Nehmet man ihn auf Grund des deutschen Frankfurterpreises in Markt um, so bedeutet er für jede Tonne einen Ubergewinn von 211.200.— gegenüber dem Inlandspreis. Auf das Quantum von 60.000 Tonnen umgerechnet, sind dies 10 Millionen Mark, für die 4 monatliche Dauer des Vertrages bedeutet dies einen Gesamtgewinn von 60 Millionen Mark. Der inländische Preis ist in den letzten Monaten ungewöhnlich erhöht worden, um den Boden einen Ausgleich für die Lohn- und Lohnsenkung zu gewähren. Es unterliegt für Volkswirtschaftler keinem Zweifel, daß die Reichsn. mit Ausnahme der besonders ungünstig arbeitenden, mit diesem Preise abkommen. Die erwähnten 10 Millionen Mark monatlich sind also nicht unbüßig um etwa einen durch niedrigen Inlandspreis entstehenden Gewinn auszugleichen. Sie sind ein reiner Ubergewinn. Das man fragen in wessen Tasche er geht?

Wenn irgend etwas logisch ist, werden d. h. nicht im Interesse einzelner, sondern im Interesse der Gesamtheit Verwendung finden sollte, so sind es die ungeheuren Mehrwerte, die beim Export erzielt werden. Sie entstehen nicht nur bei der Ausfuhr von Rohmaterial, sondern ebenso bei allen übrigen Stoffen, an denen das neutrale Ausland Mangel leidet; und das ist beinahe alles, was heute noch in Friedensqualität geliefert werden kann.

Es ist vollkommen außerordentlich ungerecht wenn dieser ganze Mehrwert in die Hände einzelner Fabrikanten und Kaufleute geht. Man kann es noch verstehen, wenn dem Exporteur für das große Risiko und die größere Arbeit, die immerhin der Export bedingt, ein Äquivalent geboten wird. Wenn ihm in Anrechnung an einen Gedanken des Außenhandels-Diktators Koepfer 3, 10-20 Prozent des Ubergewinns in ausländischer Valuta zu fließen oder nur wenig eingeschränkter Verfügung überlassen wird, so kann er zufrieden sein. Das Reich erhält bei dieser Regelung: 1. einen großen Teil der beträchtlichen Ubergewinne; 2. erhebliche Summen von ausländischen Werten; 3. wertvolle Dingerzeuge

zur Kommode der geschäftlichen Bilanz und der Vermögensaufstellungen.

In einer betriebligen Regelung könnte sich auch eine ganz rechtssozialistische Regierung entschließen wenn sie nicht vollständig kapitalistisch und menschlich geworden ist. Eine tut not, damit die Regelung schon in Kraft ist, wenn die systematischen Austausch nach Friedensschluß beginnt, und weil keine Gewähr dafür vorhanden ist, daß die durch Export in die Hand von Privatleuten gelangenden Werten sämtlich zur Verfügung der Reichsbank gehalten oder auch nur unter Wahrung der Devisenordnung verwendet werden.

Die Ungarn räumen das tschecho-slowakische Gebiet.

Budapest, 23. Juni.

Auf das Telegramm Clemenceaus und die Aufforderung des Kommandierenden der tschecho-slowakischen Armee, General Pella, betreffend die Räumung tschecho-slowakischen Gebietes, richtete der Armeekommandant Sedlmayr, wie das Ungar. Korrespondenz-Bureau meldet, an General Pella ein Telegramm, in dem er sich mit den Bedingungen einverstanden erklärte, und demzufolge er am 24. Juni die Operationen einstellen würde.

Zum Schluß verlangt er garantiert, daß die rumänischen Truppen das in der Note Clemenceaus bezeichnete Gebiet räumen und für die verursachten Schäden Entschädigung gewähren.

Auf diese Note hat der Oberkommandierende der tschecho-slowakischen Armee geantwortet, daß seine Truppen am 24. Juni die Feindseligkeiten einstellen und erst am 26. Juni den Vormarsch in das von den Ungarn geräumte Gebiet beginnen werden. Das Ersuchen wegen der Räumung der durch die rumänischen Truppen besetzten Gebiete habe er der Friedenskonferenz übermitteln.

Sozialdemokratische Erfolge bei den Gemeindevahlen in Böhmen.

Am 18. Juni fanden in ganz Deutsch-Böhmen die Gemeindevahlen statt, bei denen ein außerordentlich starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen war, während insbesondere die Agrarier, die Christlich-Sozialen und die Deutschnationalen außerordentliche Verluste erlitten. In zahlreichen Orten haben die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit erhalten, in fast allen größeren Städten sind sie zum mindesten die stärkste Partei. Fast alle deutschen Industrieunternehmen sind in ihren Händen. Bemerkenswert ist bei den Wahlen ferner noch, daß die Deutschen bedeutendere Erfolge erzielten, dagegen die hochspannten Sozialisten der Tschechen auf einen für sie günstigen Waffenausfall fast enttäuscht wurden.

Katodi tritt zurück. Oberpräsident von Katodi hat seine Enthebung vom Amte nachgesucht.

Sitzung des Volksgenrats.

Das Verbot der „Republik“. — Die Plünderungen in Berlin.

Der Volksgenrat beschäftigte sich in der am 24. Juni er. stattgefundenen Sitzung mit dem Verbot der „Republik“, das durch den Oberkommandierenden Koste veranlaßt wurde. Diese Unterdrückung der Pressefreiheit wurde einstimmig verurteilt und eine aus den drei Parteien bestehende Kommission gewählt, die beim Reichswirtschaftsminister die Aufhebung dieser Maßnahme verlangen soll.

Der Volksgenrat beschäftigte sich dann mit dem Verhalten einzelner Arbeitgeber, die entsprechend dem Niedergang der Arbeiter in den Betrieben auch nur eine entsprechende Anzahl Arbeiter anerkennen will. Nach eingehender Diskussion wurde gegen die Stimmen der S. P. D. folgender Beschluß gefaßt:

Der Volksgenrat steht auf dem Standpunkt, daß gemäß seiner bereits früher gefaßten Beschlüsse die Arbeiterräte ihre Tätigkeit ausüben bis zur Neuwahl der gesamten Arbeiterräte Groß-Berlins, auch wenn die Belegschaft des Betriebs zurückgegangen ist. Jede Tätigkeit, die der Arbeiterrat in seiner Eigenschaft als Arbeiterrat ausübt, muß von dem Unternehmers entschädigt werden.

Des weiteren beschäftigte sich der Volksgenrat mit den gegenwärtigen Vorgängen in Berlin, die ihren Ausdruck in der Plünderung der verschiedensten Geschäfte fanden. Auf Grund eingehender Information wurde festgestellt, daß diese Plünderungen von derjenigen Seite ganz systematisch eingeleitet wurden, die ein Interesse daran hat, die Arbeiterschaft in protestieren. Es wurde beschlossen, zum Donnerstag, den 26. Juni 1919, eine Vollversammlung der Arbeiterräte einzuberufen, um hierzu Stellung zu nehmen.

Zu den wiederholt vorgeschlagenen Maßnahmen der Arbeiterräte erklärt der Volksgenrat, daß Arbeiterräte in Staats- und Kommunalbetrieben in Ausübung ihrer Tätigkeit als Arbeiterrat nicht disziplinarisch verfolgt oder in anderer Weise behindert werden dürfen.

Deutsche Nationalversammlung.

42. Sitzung vom 24. Juni, 10 Uhr vormittags.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anträge. Auf eine Anfrage der Abg. Müller und Gen. (Fr.) ob die Regierung bereit sei, mit Rücksicht auf die Verzögerung der Verhandlungen von Unfall- und Altersrenten eine Erhöhung der ihnen bereits zuteilenden Aufwendungen zu gewähren und die dadurch entstehenden Kosten auf das Reich zu übernehmen, erklärt Kommissar des Reichsarbeitsamts Dr. Löwe: Eine allgemeine Erhöhung der Aufwendungen ist zur Zeit nicht möglich, weil weder die Versicherungsträger noch das Reich jetzt in der Lage sind, die daraus resultierende Mehrbelastung zu tragen. Jedoch besteht die Absicht, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der, allerdings unter gleichzeitiger Voraussetzung der Beiträge, eine Erhöhung der Leistungen der Versicherungsträger vorsieht. Einzelheiten sind die Mitglieder ersucht worden, in besonderer dringlicher Angelegenheit sich durch Anträge aus den Reihen der Kriegswohlfahrtspflege einzusetzen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anträge ohne allgemeinen Interesse wird in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf über Landkonkurrenzen, Rassenangelegenheiten und Erbschaften verhandelt. Hierauf vertagte sich das Haus bis Dienstag, den 1. Juli, nachmittags 3 Uhr. (Anfragen, Beschlüsse und zweite Beratung der Vorlesung.)

Theater und Vergnügungen.

Richard-Wilhelm-Theater
 Direktion: Gustav Friedrich
 Chausseestraße 30.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Abendstück:
Das Dorf ohne Glocke

Volkstheater
 Theater am Bülowplatz.
 Direktion: Friedrich Kayser.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Abendstück:
Die Jungfer

Opernhaus
 1 Uhr: Tristan und Isolde.

Schauspielhaus
 1 Uhr: Rosenkranz und Gränich.

Königsgrüner Straße
 1 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus
 an der Marschstraße.
 Heute: Die tolle Komödie.

Berliner Theater
 heute: Die tolle Komödie.

Deutsches Theater
 heute und morgen 8 Uhr
 Letzte 2 Aufführungen.
 Max Palmberg in
 Familie Schmek.
 Freitag um 1. Male:
 Auch ich war ein Jüngling...

Kammerspiele
 heute 8 Uhr:
 Leopoldine Konstantin
 in Eisenstein.
 Donnerstag um 1. Male:
 Das Weib
 und der Hampelmann.

Theater des Westens
 Abendstück 7 1/2 Uhr:
 Die Werberin.
 Hans Wilmanns
Die Geisha.

Walhalla-Theater
 1 Uhr: Meine Schwan.

Lessing-Theater
 Sommerzeit
 Letztens: Hans Sternberg.
 Gastspiel: Oskar Fölscher.
 8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat.
 Abendstück 8 Uhr:
 Max Adamiert. Kost. Götz in:
 Die Rutschbahn.
 Zum 25. Male.

Köve-Theater
 7 1/2 Uhr: Eke-Usch.
 7 1/2 Uhr: Gartenbühne:
 Das sieht sich jeder an.
 Vorher Konzert
 und erstklassige Spezialitäten.

Wintergarten
 täglich 7 1/2 Uhr
Varietelevorstellung
 Pauchen gestattet.

Residenz-Theater.
 Untergrundb. Klosterstraße.
 Ausgang Stralauer Straße.
 8 Uhr: Zum 165. Male:
Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
 11. Friedrichstraße Nr. 47/1, 111.
 8 Uhr: Zum 291. Male:
Der gute Ruf

Elite-Sänger
 abem. Mitglied der
 Berliner Sängervereinigung.
 Heute: Die tolle Komödie.

Vergnügungspark
 Schlossbrunn bei Schöneberg
 Hauptstr. 121-123.
 Heute ringen:
 Tom Jackson gegen Gutthardt
 Lantini Bogmans (Schwede)
 Böding gegen Naher
 (Schwede) (Schwede)
 Schwarz gegen Stegmann
 (Schwede) (Schwede)

Gr. Entscheidungsspiel
 Rumbold gegen Baroklak
 (Schwede) (Schwede)
 Konzert Spezialitäten
 großer Hall

Fortuna
 Lichtspiele
 Mültenstr. 12c.
 Bis Donnerstag
Lu Synd
 Die bühnenreife
 Schauspielerei.

Residenz
 Lichtspiele
 Elisenstr. 16.
 Nur bis Donnerstag
 Der große Erfolg
Veritas
vincit
 Die Wahrheit siegt.

PIANOS, FLUEGEL neu und
 gebraucht
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119/120

Abessinier-Pumpen
 für Laubenkolonisten, zum Selbstbau, felsen.
 Filterzuger, Carlensspritzpumpen, Schläuche.
 Billigste Bezugsquelle.
Robert Brien, Pumpenfabrik,
 Berlin, Krautstrasse 31.

Möbel!
Sonder-Angebot!
 Schlafzimmer
 Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Dielen-Möbel
 Küchen
 in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Combarde n. Möbelhaus „Bahnhofstraße“ G.m.b.H.
 Dirschstrasse 43-44.

„MORTOL“
 der **Mottenschutz** des kleinen Mannes
 Überall erhältlich:
Julius Lewisson, Berlin N 24.
Spezial-Arzt für Harn-, Nieren- und Prostata-
 Leiden, Salvarsan-Kuren, Urin-
 und Blutuntersuchungen, elektr. und med. Bäder, Licht- und
 Röntgen-Behandlung, Damen- und Herrenbehandlung.
Erste u. Heil-Anstalt Löser
 Dir.: Löser senior, Leit.-Spez.-Arzt
 Dr. Rosenthaler Str. 69-70, Dr. Skottel
 (alte Linienstr. 91, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
 Verein Berlin.
 Bureau: Engelstr. 15. Berlyer: Amt. Westplatz Nr. 4008 u. 8790.
Achtung! Fabrikmaurer!
 Mittwoch, den 23. Juni, abends 7 Uhr
 in Wilkes Festsaal, Sebastianstr. 80
Versammlung
 aller in Fabrikbetrieben beschäftigten Maurer
Tages-Ordnung:
 1. Bericht von den Verhandlungen mit dem
 Verband der Metallindustriellen.
 2. Diskussion.
 Das Erscheinen aller in Fabrikbetrieben be-
 schäftigten Kollegen erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
 Tel. Amt Westplatz 104-9, 8578. Bureau: Berlin, Kungestr. 20.
Freitag, den 27. Juni, abends 7 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, großer Saal:
Anherord. Generalversammlung.
Tagesordnung:
 1. Bericht vom Verbandstag und Diskussion.
 2. Wahl der Beisitzer im Hauptvorstand.
 3. Wahl der Beisitzer im Gauvorstand.

Regist. Osten II.
Mittwoch, den 25. Juni, abends 4 1/2 Uhr
 Camentus-Saal, Remelerstr. 67:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
 1. Bericht vom Verbandstag und Diskussion.
 2. Vorschläge als Beisitzer im Haupt- und
 Gauvorstand.
 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Musikinstrumentenarbeiter aller Branchen!
Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr,
 in Kreuzs. Festsaal (früher Königsbank), Große
 Frankfurter Straße 117:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
 1. Bericht von den Verhandlungen über die
 Teuerungszulagen und Ferien mit den
 Unternehmern der Klavier-, Klavier- und
 Musik-Industrie.
 2. Bericht von der Generalversammlung.
 3. Verschiedenes.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Branchenleitung.

Achtung! K.P.D.
 22er Kommission
Heute nicht erscheinen!
Eigenes Interesse.
 Obmann H. Boz.
Spezialarzt Dr. med.
 Geyer,
 Haut-, Frauenleiden, Behand-
 lung schwerer ohne Berufs-
 störung. Blutuntersuchung.
 Teilzahlung.
 Friedrichstr. 131 (a. d. Karlstr.)
 Spr. 10-11, 1-2, 3-5.
Haut- und Harnarzt
 Dr. med. Hasehö,
 Friedrichstr. 90, direkt am
 Stadthausplatz
 Spr. 10-11, 1-2, 3-5, Sonnt. 11-1.
 Erfolgreiche Behandlung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
 Bureau: Reichstraße 26, Berl. Filiale Berlin
 Berlyer: Amt. Westplatz, 4787. Berlyer: Amt. Nordstr. 8751-97.
Donnerstag, den 26. Juni 1919, abends 7 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
 1. Wahl der Hauskassierer.
 2. Bericht von der 16. Generalversammlung in Würzburg.
 3. Diskussion.
 4. Verhandlungsangelegenheiten.
 Zu dieser Versammlung haben nur Kollegen Zutritt, welche nicht
 länger als vier Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind oder deren
 Beiträge gestundet sind.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
 Sektion der Speditionen
Donnerstag, den 26. Juni 1919
 im Englischen Hof, Alexanderstraße 27a
 (Weißer Saal):
Sektionsversammlung
Tagesordnung:
 1. Entspricht unser Tarif noch der heutigen
 wirtschaftlichen Lage?
 2. Aussprache.
 3. Beschlusfassung über evtl. Kündigung des
 Tarifes.
 4. Wahl einer Tarifkommission.
 5. Allgemeines.
 Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Sektionsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N 54, Pflanzstraße 23-25
 (Telefon: Amt. Nordstr. 155, 1230, 1087, 8714)
Am Donnerstag, den 26. Juni 1919,
abends 5 Uhr, im Lokal von Wegener, Seidelstr. 30
Versammlung
 aller in den Schreibmaschinenbetrieben
 beschäftigten Mechaniker, Hilfsarbeiter
 und Arbeiterinnen.
Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum Kollektiv-Abkommen.
 2. Diskussion.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Gold- u. Silberarbeiter Achtung!
 Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Schneider & Sohn,
 Brunnenstraße 41, bitten um sich wegen Lohnveränderungen im Einzel-
 Spruch zu äußern.
Die Ortsverwaltung.
Kommunistische Partei Spandau.
 Am Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr
 findet im Lokal von Reiner, Lindenpark, Spandau
 eine Mitglieder-Versammlung statt.
 T.-D. wird in der Vert. bekannt gegeben. Der Vorstand.

Speisezimmer
 Ecke, schwarz, solide
 Arbeit, komplett mit
 Tisch und Stühlen mit
 echtem Leder von
M. 3225,-
Stoizmann,
 Pflanzstr. 23
 Zahlungszielsetzung
 auf Wunsch.

Moderne
Küchen
 von 300 Mark an
Schlafzimmer
 von 1200 Mark an
 sowie Speise- und Herren-
 zimmer in großer Auswahl u.
 in allen Preislagen empfiehlt
Möbelhülle „Osten“
 Alexanderstraße 14b,
 an der Schickelstraße.

Facharzt
 Dr. med. Harn-, Prostata-,
 Leiden, Salvarsankuren,
 - Blutuntersuchung -
 Schnellste Heilung v.
 entzündlichen Krank-
 heiten der Harnorgane u.
 Dr. Wilkes Holmann
 Potsdamer Str. 27a
 11-1, 2-7, Sonntag 11-1.

Kaufmännische Privatschule
 von
Paul Kowalski
 Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Schl. Bahnhof
 Paraphrasier: Moritzplatz 11256.
 Ausbildung in allen Handelsbüchern sowie Stenographie,
 Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch,
 Russisch, Deutsch, Rechnen, Rechen, polnische Steno-
 graphie und Maschinenschreiben, kaufmännische und
 landwirtschaftliche Hochrechnung.
 Tages- und Abendkurse.

Sie gehen wie auf Federn!!!!
 Kein SCHWEISSFUSS, kein BRUNNEN und DURCHLAUFEN
 der Füße bei Anwendung von „Soma“ PRÄSERVATIV.
CREME. - Nur echt bei
Sünderhauf & Co., BERLIN, Große
 Frankfurterstraße 60.

Keine Kosten mehr!
 Sie haben nicht mehr nötig, sich mit schlech-
 tenden Krackern und Brillen herumzuplagen oder
 mit Gläsern, die Ihren Augen nicht zulagen. Die
 Ruhe-Garantie verbürgt Ihnen Zufriedenheit.
 In der Garantiezeit bis zu drei Jahren
 wird Ihnen nicht nur jeder Schaden an der
 Fassung, außer Glasbruch, kostenlos ersetzt,
 auch wenn er durch Ihre eigene Unvorsichtig-
 keit entstanden ist, sondern Sie können sogar ein
 ganz neues, gleichwertiges Augenstück bean-
 spruchen, wenn es unmöglich ist, das gebrochene
 wie neu herzustellen, oder wenn Sie mit dem
 Sitz, dem Aussehen oder überhaupt mit der
 Fassung nicht zufrieden sein sollten.
Die große Garantie beginnt
 bei jeder Kracker- oder Brillenfassung von 2.50 ohne
 Gläser an, wofür Sie schon gutes Gold-Doppel
 erhalten können.
Die Augenuntersuchung ist kostenlos.
 Wir garantieren für Passen der Gläser und was
 ebenso wichtig ist, für guten Sitz.
Optiker Ruhnke
 20 Geschäfte

Charlottenburg:
 Joachimsthaler Str. 2, am Bahnh. 20

Spandau: Breite Str. 18

Wilmersdorf:
 Doering Str. 132-3,
 a. d. Köpenicker Str.

Friedenau:
 Rhein-Str. 12, am Weg-Str.
 gegenüber der Kaiser-Str.

Neukölln:
 Jung-Str. 4
 gegenüber Richard-Str.

Schöneberg:
 Haupt-Str. 21
 am Sadow-Str.-Platz

N. Chaussee-Str. 72,
 Jannitsch-Str. 164,
 88a Brunnen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
 88a Dorotheen-Str.

SW. Breite Wilhelms-Str. 4,
 am Sadow-Str.-Platz

W. Leipziger Str. 113,
 88a Köpenicker-Str.

C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

S. Hoffbuser-Damm 10,
 nahe Sadow-Str.-Platz

SO. Oranien-Str. 44,
 nahe Oranien-Platz

W. C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
 Jannitsch-Str. 164,
 88a Brunnen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
 88a Dorotheen-Str.

SW. Breite Wilhelms-Str. 4,
 am Sadow-Str.-Platz

W. Leipziger Str. 113,
 88a Köpenicker-Str.

C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

S. Hoffbuser-Damm 10,
 nahe Sadow-Str.-Platz

SO. Oranien-Str. 44,
 nahe Oranien-Platz

W. C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
 Jannitsch-Str. 164,
 88a Brunnen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
 88a Dorotheen-Str.

SW. Breite Wilhelms-Str. 4,
 am Sadow-Str.-Platz

W. Leipziger Str. 113,
 88a Köpenicker-Str.

C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

S. Hoffbuser-Damm 10,
 nahe Sadow-Str.-Platz

SO. Oranien-Str. 44,
 nahe Oranien-Platz

W. C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
 Jannitsch-Str. 164,
 88a Brunnen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
 88a Dorotheen-Str.

SW. Breite Wilhelms-Str. 4,
 am Sadow-Str.-Platz

W. Leipziger Str. 113,
 88a Köpenicker-Str.

C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

S. Hoffbuser-Damm 10,
 nahe Sadow-Str.-Platz

SO. Oranien-Str. 44,
 nahe Oranien-Platz

W. C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
 Jannitsch-Str. 164,
 88a Brunnen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
 88a Dorotheen-Str.

SW. Breite Wilhelms-Str. 4,
 am Sadow-Str.-Platz

W. Leipziger Str. 113,
 88a Köpenicker-Str.

C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

S. Hoffbuser-Damm 10,
 nahe Sadow-Str.-Platz

SO. Oranien-Str. 44,
 nahe Oranien-Platz

W. C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
 Jannitsch-Str. 164,
 88a Brunnen-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
 88a Dorotheen-Str.

SW. Breite Wilhelms-Str. 4,
 am Sadow-Str.-Platz

W. Leipziger Str. 113,
 88a Köpenicker-Str.

C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

S. Hoffbuser-Damm 10,
 nahe Sadow-Str.-Platz

SO. Oranien-Str. 44,
 nahe Oranien-Platz

W. C. Spillmarkt,
 88a Köpenicker-Str.

„Zum Schluß müssen die Minister und Ministerien es offen aussprechen, daß dieser Brief und die angelegene Deutschrift ihr letztes Wort in der Angelegenheit darstellen.“

Aber das ist noch nicht alles, sondern daran knüpft sich eine weitere Bemerkung, die ebenfalls nützlich, es muß der Frieden in seiner jetzigen Gestalt entweder angenommen oder abgelehnt werden. Sie lassen also eine Abänderung der Gestalt, wie sie in den letzten Dokumenten vorliegt, nicht zu, und diese Ankündigung wird in ihrer Bedeutung noch stärker durch die Mitteilung der Friedenspräliminarien an unsere Delegation vom 7. Mai 1919. Darin nämlich ist von vornherein um Klarheit zu schaffen von der Entente bemerkt worden, daß der oberste Rat nach Prüfung des russischen Gegenantrags „eine schriftliche Antwort an die deutsche Delegation abgeben wird mit Angabe der Frist, binnen der sie ihre endgültige Gesamtantwort zu erteilen hat“. Die Entente läßt also eine geteilte Antwort, eine Antwort mit Vorbehalt, wie ich fürchte, nicht zu. Die Regierung darf sich auf den Boden dieser großen Gefahr nicht begeben. Sie muß unterzeichnen. Wir brauchen den Frieden, denn sonst können wir nicht zum Wiederaufbau unseres Volkstempels.

Der Ententeoppositismus will sich durch den Friedensvertrag hüten und das kapitalistische System in der Welt gegen den fortschreitenden Sozialismus stützen. Vergeltliche Rache! Nicht der bürokratischen Bürokratie, sondern der sozialisierten Wirtschaft gehört die Zukunft. Ohne die Ausschaltung des Kapitalgewinns lassen sich schon die auf uns lauernden Verpflichtungen gar nicht erfüllen.

Die Vorgänge der letzten Wochen in Frankreich, in Italien, in England beweisen, daß die Arbeiterklassen dort überall erkannt, daß große soziale Bewegungen im Gange sind. Aber es wäre durchaus töricht, wenn man etwa auf eine nahe, in den nächsten Wochen zu vollziehende Weltrevolution rechnen wollte. (Hört, Hört! und sehr richtig! bei den Gög.)

Die Weltrevolution schreitet vorwärts, sie schreitet unaufhaltsam vorwärts, aber nicht so rasch, wie wir es wünschen. Und aus diesem Grunde muß der Friedensvertrag unterschrieben werden. (Sehr richtig! und Beschluß bei den U. S.) Wir haben die volle Zuversicht und sind durch die lebhafteste soziale Bewegung in den genannten Staaten in dieser Zuversicht befestigt worden, daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität der internationalen Proletariats, daß überall zur Herrschaft kommen wird, abgelehnt werden wird. Dem Ententeoppositismus können wir darum mit Freigabe und Recht zurufen: Ihr kommt und, doch Ihr zwingt und nicht! (Lebhaftes Bravo!)

Die Berliner Spartakus-Woche.

Ein Nachwort zum Ledebour-Prozess.

Ledebour ist freigesprochen. Die „sozialistische“ Regierung Ebert-Scheidemann-Landberg-Roske-Bißel ist verurteilt, deruzuill von den bürgerlichen Geschworenen. Sie hat diesen Prozeß erlassen lassen, um den Genossen Ledebour und die revolutionäre Bewegung zu vernichten. Sie hat ihn erlassen lassen, um die Frage von der blutigen „Spartakuswoche“ aufrecht zu erhalten, um vor der Arbeiterklasse und der Geschichte ihre eigene Schuld zu verdecken. Die Militärs forcierten von ihr scharfes Vorgehen. Sie liehen ihr diese Forderung durch ihren gemeinschaftlichen Vertrauensmann, dem damaligen Stadtkommandanten Fischer, feierlich anzugeben. Fischer hat es eidlich bezeugt, bevor noch Roskes Telegramm an das Gericht eintraf, daß sein Begegnen dem Wohle des Reiches Nachteile bereiten würde. Die „Soldaten“, so bezeugte er, stellten drei Bedingungen: 1. Militärische Eroberung der besetzten Gebäude, keine Verhandlungen; 2. Bedingungslose Auslieferung der Waffen; 3. Festnahme der Führer als Geiseln. Den beiden ersten Bedingungen, so bezeugte er, stimmten die Volkshauftragsleute ausdrücklich zu. Gegen die letzte äußerten sie Bedenken. Als aber Fischer darauf erklärte, er werde die Festnahme auf eigene Verantwortung ausführen, erfolgte kein Widerspruch.

Die drei Bedingungen sind restlos ausgeführt worden. Verhandlungen über die gütliche Freigabe der besetzten Gebäude wurden abgelehnt. Das Angebot zur Freigabe der sämtlichen besetzten bürgerlichen Zeitungen als Verhandlungsbasis genügte nicht. Keine Verhandlungen, ließ es, ehe nicht auch der „Vorwärts“ darauf freigegeben und damit die nötige Pressefreiheit hergestellt ist. Die Pressefreiheit in der Revolution ist ein Gegenstand einer Verhandlung zu machen, so erklärte die Regierung am 2. Januar 1919, ist wohl ohne Beispiel und die Regierung und der Zentralrat hätten sich um jeden Anstand gedrückt, wenn sie auf ein so merkwürdiges Verlangen eingegangen wären. Dieselben Minister des Belagerungszustandes, die die Pressefreiheit sämtlicher Zeitungen in ganz Deutschland in Frage gestellt haben, die suchen die öffentliche schriftliche Beschimpfung oder Bedrohung der Reichswehr in der Presse, in Flugblättern und Broschüren mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedrohen, falls die besetzenden Organe keine höheren Freiheitsstrafen androhen, die suchen die „Republik“ und die „Freie Welt“ wegen „gemeinverfälschlicher Gegenden gegen die Regierungstruppen“ verboten, sie stellen launenhaft die Pressefreiheit des regierungssozialistischen „Vorwärts“ höher als das Leben von Hunderten von Proletariats.

Sie verhandeln mit Ledebour und den übrigen Delegierten der revolutionären Oberteile über die Voraussetzungen der Verhandlung, während Roske Truppen zusammenzog zur militärischen, blutigen Eroberung der besetzten Gebäude. Graf Welfen, der Leiter der militärischen Aktion gegen den „Vorwärts“, der jetzt in Zivil mit dem Oberen Staatsanwaltschaft polizeiliche Befugnisse in Wien besitzt, aber über seine Tätigkeit für das Ebnhotel, weil „unerheblich“, nichts angeben darf, hat bezeugt, daß der Befehl zur Festnahme des „Vorwärts“ schon am Donnerstag, den 9. Januar, für Freitag früh, den 10. Januar, gegeben und dann in seiner Ausführung verwickelt und für Sonnabend früh beschloffen wurde.

An diesem Donnerstag sahen die Besatzungsorgane der Berliner Arbeiterklasse im Humboldtplatz statt, die verlangten, daß kein Tropfen Adelbreit mehr vergossen wird; der Zentralrat und der U. S. V. Groß-Berlin schlug dem Zentralrat und der Regierung vor, einen Waffenstillstand einzutreten zu lassen, ein Verbot, den seine Vertreter sowie das Militärschlichter der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins, in dem sowohl die revolutionären Oberteile der Berliner Großbetriebe, wie der Spartakusbund vertreten waren. Schon am Montagabend, den 8. Januar, verweigert gemacht hatte, und erklärte sich bereit, vor Eintritt in die Verhandlungen auch den „Vorwärts“ zu räumen, wenn die Differenzpunkte einer parlamentarischen parlamentarischen Kommission überwiegen würden. Der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner, die Regierung Braun-Schuler, die unabhängigen Minister Saffers forderten Verhandlungen. Die Herren Ebert, Scheidemann, Landberg, Roske küßten Verhandlungsbasis vor, während sie den Befehl gegeben hatten, den „Vorwärts“ am Sonnabend früh mit Scherenklauen zu nehmen.

Genosse Ledebour und die übrigen Vertreter der Arbeiterklasse haben sich am 10. Januar dem Zentralrat zu Verhandlungsbasis. Der Herr Ministerpräsident Kurt Eisner und der Herr Ministerpräsident

der Regierung, ließ sie durch allerlei Ausflüchte bis nach Nürnberg vergeblich auf den Beginn der Verhandlungen warten. Er stellte Ledebour und die übrigen am Sonnabend früh, den 11. Januar, am zu verhandeln. In dieser Nacht vom 10. zum 11. Januar wurde Genosse Ledebour von einem großen Haufen Schwebewaffener Soldaten, unter Führung von Leutnant Jürgens und Hieselweil von Tögler, aus seiner Wohnung gewaltsam herausgeholt und nach der Kommandantur gebracht. Der „Vorwärts“ wurde aber am 11. Januar früh militärisch genommen.

Klabund, der Stadtkommandant, erklärte Ledebour, ihn nicht in Haft behalten zu können, da kein Haftbefehl und kein Grund zur Verhaftung vorliege. Da erschien Leutnant Fischer, der Vertrauensmann der „Soldaten“ und der Regierung, die ihn zum obersten Leiter der Operationen gegen die Festungsbauten bestellt hatte und nahm Ledebour als Geiseln. Das war die Durchführung der dritten Bedingung der „Soldaten“. Die erste und zweite hatte Graf Westarp durch die militärische Eroberung des „Vorwärts“ von „Soldaten“ erfüllt. Er nahm auch die Parlamentäre, die waffenlos aus dem „Vorwärts“ herauskamen, gefangen. Als ihre blutigen Leichen kurz darauf auf dem Hofe der Dragonerkaserne lagen, hat er sie, wie er bezeugt hat, nicht gesehen, auch mit seinen Kameraden sich nie über das Schicksal der Parlamentäre unterhalten, selbst nicht, als er in einer Zeitung las, daß sie auf dem Hofe der Dragonerkaserne, wohin er sie hatte bringen lassen, erschossen seien.

Der Leutnant Jürgens und der Hieselweil von Tögler konnten trotz aller Bemühungen der Verteidigung nicht als Zeugen vor das Schwurgericht gebracht werden. Der Leutnant Fischer aber bezeugte eidlich, daß bei den „Soldaten“ der Plan bestand, Ledebour zu ermorden. Er bezeugte auch, daß das Sturmregiment im Kronprinzenpalais gegen Ledebour besonders erboht und erbittert war. In diesem Kronprinzenpalais ließ er Ledebour und den gleichzeitig festgenommenen Genossen Ernst Meyer aus der Kommandantur durch enge, dunkle Höfe in der Nacht führen, die „Soldaten“ etwa 8 Schritte hinter den Gefangenen, das Gewehr lose in der Hand. In diesem Kronprinzenpalais, in der Obhut der „Soldaten“, die seinen Mund planten, wurde Ledebour vier Tage lang belassen.

Die Herren Ebert, Scheidemann, Landberg, Roske, sie wußten dies alles, wenn man nicht annehmen will, daß Fischer ihnen keine Mitteilungen machte. Die ganze Presse meldete Ledebours Festnahme. Die Volkshauftragsleute taten nichts dagegen, sie gingen nicht gegen die „Soldaten“ vor. Sie gaben ihm nicht seine Freiheit wieder, sie brachten ihn nicht aus dem Gebäude, in dem er in beständiger Todesgefahr war. Aber als vor dem Schwurgericht Fischer über die „Soldaten“ näheres zu sagen sollte, als er Auskunft geben sollte über seine Besprechungen mit der Regierung in jenen Tagen wegen Ledebour, über die Annahmungen der Regierung in dieser Beziehung, da fiel der große eiserne Vorhang, der in diesem großen Revolutionsprozeß jedesmal niedergelassen wurde, wenn die Verteidigung auf die Quellen der „Spartakuswoche“ stieß, und sie restlos nachliegen wollte.

Der Mordplan gegen Ledebour war am vierten Tage seines Aufenthalts im Kronprinzenpalais noch nicht ausgeführt, aber die „Soldaten“, welche Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in jenen Tagen verhafteten und auf dem Weg ins Gefängnis ermorden ließen, sie duldeten nicht Ledebours Freilassung. Man mußte Rat geschafft werden. Es wurden das Strafgericht und die Form des Strafprozesses in Bewegung gesetzt, um die Freilassung Ledebours zu verhindern und ihn womöglich auf Jahre ins Zuchthaus oder ins Gefängnis zu bringen.

Genosse Dittmann bezeugte als Zeuge vor dem Schwurgericht die Prozeßführung Ledebours als eine politische Fälschung der damaligen Volkshauftragsleute. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Preßbestimmen zum Freispruch Ledebours.

Die Freisprechung Ledebours hat die Deutsche alldeutsche Zeitung geradezu in Ekstase versetzt. Sie erdreißt sich, Ledebour heute noch — nach dem Freispruch — als Verbrecher zu bezeichnen. Das Blatt schreibt:

„Es muß zunächst gesagt sein, daß das Urteil selbst geeignet ist, Verurteilung und Erlaunen in allen Kreisen zu erwecken, die sich in dem Wirrwarr unserer Tage noch einen Rest von Rechtsempfinden bewahrt haben. Denn allem Rechtsgefühl schlägt der Freispruch geradezu ins Gesicht. Es wird für alle Zeiten unverständlich bleiben, wie man einen politischen Verbrecher jenseits in dem Augenblicke als unschuldig freilassen konnte, in dem die Größe seiner Schuld aufs anschaulichste zutage trat. Denn, daß die ägyptische Not, die heute auf dem unglücklichen deutschen Volke lastet, zum großen Teile auf die Betriebssamkeit der Ehren-Ledebours und Genossen zurückzuführen ist, dürfte allmählich auch dem Oberflächlichen klar geworden sein. Wir erheben aus bestimmter Einsicht gegen das Urteil.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schlägt in dieselbe Reihe; sie erzählt ihren Lesern, daß die Schuld Ledebours durch den Freispruch nicht aus der Welt geschafft werde, und daß das Urteil das wirkliche Rechtsempfinden erschüttere.

Es ist eine harte Annahme, wenn diese sich einbilden, das Rechtsempfinden des deutschen Volkes zu kennen.

Der „Vorwärts“ gibt zwar zu, daß ein Schuldbeweis nicht erbracht sei, benutzt aber natürlich die Gelegenheit zu einem häßlichen Ausfall gegen Ledebour:

„Uns gibt seine Freisprechung die volle Freiheit auszusprechen, daß Ledebours Handlungsweise im Januar politisch unsinnig und moralisch verwerflich gewesen ist, und daß Deutschland zu allem Unglück nur noch das eine fehlt, daß dieser Mann zu politisch maßgebendem Einfluß aufsteige.“ Kennzeichnend sei Ledebours maßlose Selbstüberschätzung. „Da zu den wirklichen Kräften in schwebendem Gleichgewicht steht.“

Warme Töne der Freundschaft und des Mitleids findet unter allen Berliner Blättern allein die demokratische „Berliner Volkszeitung“:

„So und nicht anders konnte das Urteil über den Mann lauten, der von dem Gericht wohl eines Verbrechens angeklagt werden konnte, der vor der Welt aber als ein Mann von ehrlicher Überzeugung, mit maßloser Weisheit, stand. Der Freispruch war gerecht.“

Zum Schluß gibt das Blatt seiner Benutzung Ausdruck, daß der Prozeß vor einem bürgerlichen Gericht stattgefunden hat, und meint: „Was wäre wohl aus dem Prozeß Ledebours vor einem Militärgesicht geworden?“

Sämtliche übrigen Berliner Zeitungen hatten es offenbar für außer ihrer Würde, über den Ausgang des Prozesses noch ein Wort zu sagen.

Gewerkschaftliches.

Aufruf an die auf dem Boden der Opposition stehenden Delegierten zum Gewerkschafts-Kongreß.

Worte Genossen!

Der diesjährige Gewerkschaftskongreß hat zu all den Fragen, die die deutsche Arbeiterklasse seit Monaten beschäftigt, eine klare und eindeutige Stellung zu nehmen. Was wird aus der Sozialisierung? Was aus den Arbeiterräten? Was aus dem Betriebsrat? Soll das alles wieder vorübergehen? Nein! Die deutsche Arbeiterklasse kann ihre Selbstbestimmung nicht um das Preisgeben einer kapitalistischen Arbeitsgemeinschaft verkaufen. Sie muß auf dem Kongreß den Forderungen des Kapitalismus eine Antwort geben und die kann nur lauten: „Durch das Rätesystem in Verbindung mit den Gewerkschaften zu Sozialismus.“

Die deutsche Arbeiterklasse hat auf dem Gewerkschaftskongreß mit der Tätigkeit der Generalkommission während der Kongreßarbeiten abzurechnen, ihr unheilvolles Wirken für den nationalistischen Militarismus Deutschland zu brandmarken, sie als Mitschuldige an dem grenzenlosen Elend des Volkes zu kennzeichnen und zu befehlen. Diejenigen Delegierten, die auf dem Boden der U. S. V. und der A. P. D. stehen, sowie alle Delegierten, die der S. P. D. stehen, aber bereit sind, im Sinne des Aufrufs gemeinsam zusammenzuarbeiten, treffen sich zur Vorbereitungs- und Tagesordnung am Sonnabend, den 28. Juni 1919, abends 8 Uhr, in der Germanenhalle, Entenstraße 1, Eingang Jakobstraße 15/17, in Nürnberg.

Der vorläufige Arbeitsausschuß der Opposition.
J. M.: Wilhelm Schumacher, Vorsitzender der Zentrale Berlin des Schneiderverbandes, Sebastianstraße 67/68.

Protest der streikenden Beamten-Aushelfer.

Wie der Öffentlichkeit bekannt ist, befinden sich die Beamten-Aushelfer und Aushelferinnen der Berliner Verkehrsämter seit gestern früh im Ausstande. Sofort wurden auf Veranlassung der Oberpostdirektion Berlin die Wachen der Reichswehr-Freiwilligen an den streikenden Dienststellen auf das höchste Maß mit freigelegter Ausrüstung verlegt. Jede Verletzung der Streikposten, auf arbeitswillige Beamten-Aushelfer in moralischer Beziehung einzuwirken, wurde von den Reichswehrfreiwilligen systematisch unterbunden. Sie so stellten den ausgeschickten Streikposten nicht einmal einen für deren Aufenthalt vor den besetzten Dienststellen. Der nicht schnellstens dem großen Befehlen der Soldatengarde oder vielmehr den Mut hatte, auf sein Recht als Streikpostenbesitzer zu pochen, wurde ohne weiteres in Schutzhaft genommen. Auf jede nur mögliche Weise versuchten diese Sicherheitsmänner den höheren Lohn kämpfenden Beamten-Aushelfern das Rückgrat zu brechen. Auf dem Amt Wilhelm wurden sogar Reichswehr-Freiwillige als aktive Streikbrecher mit Genehmigung der Direktion verwendet.

Die Zentralkommission bringt diesen unerbittlichen Angriff der militärischen Soldaten zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Sie erhebt ganz entschieden Protest gegen eine Veranbarung der militärischen Macht in einem wirtschaftlichen Lohnkampf und gegen das Bestreben der Oberpostdirektion von Berlin, den gewerkschaftlichen Kampf der Angestellten mit Landsturm und Schutzhaftzellen unterbinden zu wollen.

Die Zentralkommission

Die Ausbeutung in der Strassenbranche.

Jedermann weiß, welche fabelhafte Preise für die einfachen Strassen, Binder usw. gezahlt werden. Geradezu jenseitlich ist der Reichtum der Strassenfabrikanten geworden, aber noch jeder kennt die ungläubliche Ausbeutung, die diese Herren an ihren armen Arbeitern und Arbeiterinnen üben. Über der Mitgliederversammlung der Zwickauer, Abnehmerinnen, Einrichterrinnen, Packerinnen, Deimarbeiterrinnen usw. am Montag in Schulz-Hausen bezeugt hat und das Elend mitangehen hat, das den Versammelten auf den Gesichtern geschrieben stand, der kann sich erst ein Bild davon machen. Nicht nur, daß die Arbeiterlöhne für ein Dutzend Strassen 2-3 M. betragen, die Arbeiterinnen sind noch gezwungen, Hilfsarbeiterinnen in ihren Wohnungen zu beschäftigen und dieselben aus diesem kläglichen Lohn selbst zu bezahlen, so daß der endgültige Verdienst etwa 1,40 M. pro Dutzend beträgt. In angereicherter Arbeit ist nicht möglich, mehr als 7-8 Stück in der Stunde herzustellen. Der Hunger treibt die Betriebsarbeiter, noch Arbeit mit nach Hause zu nehmen, so daß eine tägliche Arbeitszeit von 16 Stunden allgemein üblich ist. Alle diese grauenhaften Zustände belauschte der Referent Weidart in längeren Ausführungen und forderte zu einheitlicher Organisation auf, die allein diesem Elend ein Ende machen kann. Alle Beschäftigten werden aufgefordert, zur Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Tarifvertrags die ausgearbeiteten Fragebogen an die Kommission, Sebastianstraße 67/68, zu senden. Gefordert wird im wesentlichen die 40stündige Arbeitswoche, die Entlohnung der unumgänglich notwendigen 2 ersten Arbeitstagen mit 25 Prozent, die weiteren und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent, die Gehaltbezahlung der im Akkord Beschäftigten, gleiche Bezahlung für männliche und weibliche Arbeiterinnen, gleiches Arbeitsquantum für Betriebs- und Deimarbeit, die Abschaffung der Verdrängung von Hilfskräften durch Deimarbeit, die Stellung der Rührerinnen und schließlich die Entlohnung von Herlen. Die Ausschließung der Tarife wird der Lohnkommission überlassen, die im Laufe der Woche den Unternehmern ihre Forderungen vorlegen wird. In den Verhandlungen selbst wird eine Technische Kommission aufgestellt aus dem Vorstande, dem Referenten Weidart, sowie drei Vertretern der Betriebs- und zwei Vertretern der Deimarbeit.

Generalversammlung der Gattler.

Am Montagabend nahmen die Gattler der Verwaltung der Berlin Stellung zum Verhandlungstage in Nürnberg. Bei der Besprechung einleitend die Finanzlage des Verbandes im allgemeinen, der Verwaltung der Berlin im besonderen. Die bisherige Höhe der Beiträge sei bekräftigt worden durch die Verschiedenheit der Wähe, die in großen und kleinen Städten sowie in Landorten gezahlt worden sind. Durch die gleiche Entlohnung namentlich der Geschäftsführer auf dem platten Lande waren bisher auch die Beiträge niedrig bemessen. Die jetzt vom Hauptvorstand vorgeschlagenen neuen Sätze für Beiträge seien nach den jetzigen Verhältnissen zu niedrig. Dafür schloge der Ortsverband höhere Beiträge und entsprechende auch höhere Unterstützungsätze vor.

Nach längerer Debatte wurden die Vorschläge des Ortsverbandes im allgemeinen gutgeheißen, gleichzeitig aber die bisherige Kranken-, Sterb- und Invalidenversicherung als nicht vereinbar mit dem Charakter einer modernen Kampforganisation bezeichnet. Die möglichen Beiträge sollen nach diesem Antrag wie folgt festgesetzt werden: 1. Klasse 1,50 M., 2. Klasse 1,20 M., 3. Klasse 0,80 M., 4. Klasse 0,55 M. Invalidenversicherung soll nur bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsregelung gewährt werden.

Die Mitglieder mit Verdienst ab 10 Wochen Lohn im Monat

Wahlberechtigte, die Benutzung eines Motors...
Da wird sich in Zukunft mancher mit seinen...
Ein Vorschlag, der erfüllbar ist.

Und gehen wiederholt Klagen darüber zu, daß die...
Es wäre doch wohl durchführbar, wenn wenigstens...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten.

Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...

Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...

Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...

Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...
Die Maßregeln folgen mit der Vertiefung der Kosten...

Wegen geschl. Belegen, welche gefeßten...
Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokraten...
Lebensmittelpreise.

Lebensmittelpreise...
Berlin, am Montag in den Bezirken der 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51. und 52. Bezirkskommissionen...
Reinholdsdorf, 200 Gramm Straußen (37), 100 Gramm Gruppen (25), die Wittmoos Kamelung 250 Gramm Griech (28) für Jugendliche. Umstellung bis Freitag, 20 Gramm Hefeflocken (30), 200 Gramm Teigwaren (40).

Aus dem Gemeindeleben...
Vierhöf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter...
Aus den Organisationen.

Aus den Organisationen...
Zweiter Kreis, 7. Abteilung, Der Ortsvorstand...
Spiel und Sport.

Spiel und Sport...
Welter-Wanderverein "Berlin". Sonntag...
Verantwortlich für die Redaktion...

Verantwortlich für die Redaktion...
Verantwortlich für die Redaktion...
Verantwortlich für die Redaktion...

Bestenfalls Freitag, Freitag abend 7 Uhr...
Sachverständigenrat, Freitag abend 7 Uhr...
Treffpunkt bis 7.30 Uhr in Eichwalde (Schafel).

Bestenfalls Freitag, Freitag abend 7 Uhr...
Sachverständigenrat, Freitag abend 7 Uhr...
Treffpunkt bis 7.30 Uhr in Eichwalde (Schafel).

Bestenfalls Freitag, Freitag abend 7 Uhr...
Sachverständigenrat, Freitag abend 7 Uhr...
Treffpunkt bis 7.30 Uhr in Eichwalde (Schafel).

Bestenfalls Freitag, Freitag abend 7 Uhr...
Sachverständigenrat, Freitag abend 7 Uhr...
Treffpunkt bis 7.30 Uhr in Eichwalde (Schafel).

Bestenfalls Freitag, Freitag abend 7 Uhr...
Sachverständigenrat, Freitag abend 7 Uhr...
Treffpunkt bis 7.30 Uhr in Eichwalde (Schafel).

Bestenfalls Freitag, Freitag abend 7 Uhr...
Sachverständigenrat, Freitag abend 7 Uhr...
Treffpunkt bis 7.30 Uhr in Eichwalde (Schafel).

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Küchen, moderne, mit...
Küchen, moderne, mit...
Küchen, moderne, mit...

Relizende

Schiffbau, Spezial...
Schiffbau, Spezial...
Schiffbau, Spezial...

Verkauf

Verkauf, moderne...
Verkauf, moderne...
Verkauf, moderne...

Pianos

Pianos, moderne...
Pianos, moderne...
Pianos, moderne...

Fahrräder

Fahrräder, moderne...
Fahrräder, moderne...
Fahrräder, moderne...

Fahrräder

Fahrräder, moderne...
Fahrräder, moderne...
Fahrräder, moderne...

Fahrräder

Fahrräder, moderne...
Fahrräder, moderne...
Fahrräder, moderne...

Quecksilber

Quecksilber, moderne...
Quecksilber, moderne...
Quecksilber, moderne...

Metalle

Metalle, moderne...
Metalle, moderne...
Metalle, moderne...

Metalle

Metalle, moderne...
Metalle, moderne...
Metalle, moderne...

Metalle

Metalle, moderne...
Metalle, moderne...
Metalle, moderne...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...

Deffentliche Bekanntmachung

Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...
Deffentliche Bekanntmachung...